

Leitartikel

Die Stärke des Zweifels

Die Demokratien müssen den Islamismus nicht fürchten, wenn sie sich treu bleiben.

Kann die nächste oder übernächste Bundeskanzlerin eine Muslimin sein? Selbstverständlich. Trotz des unerträglichen Anschlags auf Journalisten in Paris? Ja. Trotz der Proteste von Pegida? Natürlich.

Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq hat eine solche Utopie für Frankreich entworfen: In seinem neuen Roman steigt ein Muslim zum Präsidenten auf. Das Buch wurde gerade zum Skandal, als islamistische Terroristen in die Redaktion von „Charlie Hebdo“ einfielen und zwölf Menschen ermordeten (siehe Seite 16). Houellebecq prangte auf der Titelseite der aktuellen Ausgabe, aber es ging eher um Rache für Karikaturen von Mohammed, die früher erschienen waren.

Sofort fühlten sich fremdenfeindliche oder islamskeptische Kräfte vom Front national oder von Pegida bestätigt. „Der Islam“ sei auf dem Weg, Europa zu unterjochen. Schon seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sehen sich viele Amerikaner und Europäer in einen Krieg mit einer Religion verwickelt. Das „christliche Abendland“ sei dabei im Nachteil, weil die andere Seite durch ihre Religiosität gestärkt werde, während der spirituell entleerte Westen nicht gut gerüstet sei für diesen Kampf. Aber das stimmt nicht. Und das wird deutlich, wenn man den Islamismus in seinen weltlichen Grundlagen betrachtet.

Dschihadisten sind vor allem politische Figuren, nicht religiöse. Im Feldzug des „Islamischen Staates“ (IS) geht es um Machtpolitik, um territoriale Gewinne, um neue Ressourcen, um Herrschaftsbereiche. Der Islam dient dabei der Verbrämung. Wer den höheren Sinn eines Krieges ausruft, hat es leichter, Kämpfer zu rekrutieren, vor allem Sinner, die im sozialen oder psychologischen Elend leben.

Auch die Verteufelung der Freiheit in Teilen der islamischen Welt ist vor allem als politische Strategie zu verstehen. Die Herrscher des IS, in Iran oder in Saudi-Arabien regieren mit Repression, weil Freiheit ihr Regime unterminieren würde. Sie haben Angst vor den Untertanen und schwören sie deshalb auf die Feindschaft zur Freiheit ein.

Ähnlich steht es mit der Fundamentalkritik an der westlichen Lebensweise. Es liegt nahe, den Konsum zum Feindbild zu erheben, wenn man es nicht schafft, einen großen Teil der eigenen Leute aus dem materiellen Elend herauszuholen. Islamistischen Herrschern geht es dabei nur vordergründig um westliche Lieberlichkeit, es geht ihnen um den Erhalt der eigenen Macht.

Deshalb empfinden sie auch Karikaturen gegen Mohammed als bedrohlich. Sie wissen, dass die Aufklärung damit begann,

die göttliche Totalherrschaft infrage zu stellen. Dem folgte zwangsläufig der Blick auf die weltlichen Verhältnisse, und damit schwand die Macht der Könige. Das soll islamistischen Herrschern nicht passieren.

Aber es kann ihnen noch passieren. Wie die meisten autoritären Machthaber leben sie in scheinstabilen Systemen. Die Arabellion hat gezeigt, wie schnell das eigene Volk sie hinwegfegen kann. In den Demokratien ist es umgekehrt. Sie wirken instabil, weil nicht jedem das Paradox der Freiheit einleuchtet. Sie schafft Festigkeit durch die ständigen Zweifel.

Was ist denn Freiheit? Sie ist unter anderem die Möglichkeit, alles infrage zu stellen, sich selbst, die anderen, die Institutionen des Staates, die Religion. Sie kennt keine Angst vor der Wahrheit. Nichts bleibt von der Kritik verschont,

alles ist umstritten. Doch genau dieser Diskurs sorgt für Stabilität. Er wirkt wie eine permanente Umfrage, die entweder bestätigt oder zu einer Modernisierung führt.

Auch innerhalb der westlichen Gesellschaften erträgt nicht jeder die Dominanz des Zweifels. In Houellebecqs Roman „Unterwerfung“ sucht die Mehrheit der Franzosen 2022 Zuflucht bei einem gemäßigten Muslim, der bald für Ordnung sorgt. Auch Pegida und AfD gehen auf solche Sehnsüchte ein, allerdings ohne Muslim.

Wer die Freiheit ernst nimmt, sieht auch in extremen Meinungen einen Teil des Diskurses, der auszuhalten ist. Die erste Erwiderung heißt: Es gibt keinen Kampf gegen „den Islam“. Es gibt einen Kampf gegen Dschihadisten,

die im Namen des Islam Krieg führen oder Terror verbreiten, letzten Endes für politische Ziele.

Dschihadisten können Fürchterliches anrichten, wie am 11. September 2001, wie bei den Verfolgungen und Enttauptungen des IS, wie beim Anschlag in Paris, aber sie sind zu schwach, um unsere Gesellschaft zu bedrohen, wenn wir uns treu bleiben. Spirituell ist der Westen nicht führend in der Welt, aber auch aus Diskurs, Vernunft, Gelassenheit und Technologie kann Wehrhaftigkeit entstehen, und Freiheit ist ein hoher Sinn, für den es sich zu kämpfen lohnt, mit Maß, im Rahmen der Gesetze und der Werte der Aufklärung.

Und vielleicht irgendwann unter der Führung einer muslimischen Bundeskanzlerin, die ihre Religion aus den Staatsgeschäften heraushält, so wie es in unserer säkularen Gesellschaft auch für Christen oder Juden selbstverständlich sein sollte.

Dirk Kurbjuweit

